

# Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wecklätigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 48  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 85.

Freitag, den 12. April 1918.

25. Jahrg.

## Das preussische Herrenhaus auf dem Kriegspfade.

Wenn das preussische Haus der Herren eine politische Aktion unternimmt, so ist immer gewiß, daß ein „echt preussischer“ Plan im Schilde geführt wird. Das Herrenhaus benutzte die Denkschrift der Regierung über die Ausführung des Gesetzes zur Förderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen zu einer Demonstration rücksichtsloser Scharfmacherei. Zu einer Scharfmacherei gegen die „undankbaren“ Polen, gegen die Reichstagsmehrheit, gegen den „weicheren Frieden“ für „militärische Grenzsicherungen“ und für gehörige Kriegsentzädigungen. Dabei verschlägt es den Herrenhäusern gar nichts, daß sie in die Zuständigkeit der Reichsleitung und des Reichstages willkürlich eingreifen, obgleich sie es sind, die wegen angeblicher Einmischung des Reiches in bundesstaatliche Angelegenheiten zu lamentieren pflegen.

Die Sitzung des Herrenhauses begann mit einer Siegesrede des Präsidenten v. Armin-Boixenburg. Für die folgende Beratung der Ansiedlungsentwüfung lag eine Kommissionsentwüfung vor, die in ihrem Hauptabschnitt wie folgt lautet:

Das Herrenhaus gibt der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß die Staatsregierung zumal im Hinblick auf die bis in die neueste Zeit hinein vertretene Haltung der politischen Fraktion des Abgeordnetenhauses, an der völkerechtlischen Durchführung der zur Förderung deutscher Siedlungen in den östlichen Grenzprovinzen gegebenen gesetzlichen Vorschriften unter allen Umständen festhalten, auch mit allem Nachdruck dafür eintreten wird, daß für die noch ausstehenden Vereinbarungen über die Feststellungen der zukünftigen Grenze des polnischen Königreichs die Rücksichtnahme auf die militärische Sicherung Preußens die unverrückbare Grundlage aller Verhandlungen zu bilden hat.

Zu dieser Entscheidung wurde ein Zusatzantrag v. Kleist eingebracht, der besagt: „Die zu dieser militärischen Sicherung erforderlichen Mittel werden ebenso wie die zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die für den Wiederaufbau nur dann vorhanden sein, wenn bei den künftigen Friedensverträgen eine ausreichende Kriegsentzädigung ausbedungen wird.“ Der Berichterstatter der Kommission, Oberbürgermeister Körte-Königsberg, schlug sofort kräftige Töne an. Er sprach von einer unklaren Verantwortungsstellung gegenüber den Polen und wendete sich gegen die Reichstagsabgeordneten Erzberger und Dr. Raumann, die mit Vertretern des polnischen Reichsrats verhandelt und ihnen zugesichert hätten, daß polnische Gebiete für Grenzberichtigungen auf keinen Fall in Frage kommen soll. Diese Zusicherungen sollen nicht ohne Zustimmung der Regierung erfolgt sein. Das würde, sagte Herr Körte, „einen geradezu ungläublichen Rückfall bedeuten in die Schwäche der deutschen Haltung bei unseren früheren Friedensverhandlungen.“ Körte wendete sich heftig gegen die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli und er verdeutlichte den Sinn der Kommissionsentscheidung, indem er erklärte: „Wir werden auch in Zukunft mit Millionen neuer Polen fertig werden, wenn wir in der Polenpolitik festig fest bleiben.“ Schließlich forderte der Redner „eine große Kriegsentzädigung.“ Nach Körte sprach General v. A. in den Worten: „Wir müssen hart sein, unsere Gegner dürfen nicht mit dem blauen Auge davankommen.“ Leider, sagte dieser Herr General weiter, stehen noch immer Erzberger und Scheidemann, „diese beiden Kapteiler des Verzichtfriedens“, aufrecht da. Eine „führende Rolle in Europa“ muß er Deutschland zu und warnte davor, Deutschland „mit Idealen zugrunde zu richten.“

Nach dieser Entladung scharfmacherischer Siegestaunens nahm als Regierungsvertreter der Landwirtschaftsminister v. Eifenhart-Rothe das Wort zu Ausführungen, die den Beweis erbringen, daß auch die preussische Regierung immer weiter vor den Forderungen der Gewaltpolitik zurückweicht.

Ueber die Polenpolitik der Regierung sagte der Landwirtschaftsminister nichts Neues: er sprach für die Aufhebung des Enteignungsparagraphen, der seine Wirksamkeit verloren habe, und für die entsprechende Fortführung der Ansiedlungspolitik; das deutsche Interesse müsse vorangehen, soweit damit vereinbar, könne den Polen entgegengekommen werden. Außerdem aber machte der Minister über die allgemeine Politik im Osten einige sehr bezeichnende Bemerkungen:

Die Festsetzung unserer Ostgrenze sei in erster Linie zweifellos von preussischem Interesse. Preußen könne es wohl verlangen, daß bei den Abmachungen über diese Grenze das militärische Interesse genügend berücksichtigt werde, möge dabei auch eine Vermehrung der Zahl der Polen in Preußen als Uebelstand mit in Kauf genommen werden müssen. Ohne wir über sonstige Einzelheiten der Friedensbedingungen, Kriegsentzädigungen einzulassen, möchte man doch verlangen, daß die Abmachungen über Frieden von Regierung zu Regierung geführt werden, daß sich niemand — auch kein Parlamentarier — einzumischen habe. Der Schutz der äußeren Grenze sei Angelegenheit des Reiches, im Innern sei der Schutz des Deutschen und die Gestaltung eine rein preussische

Angelegenheit. Die Ostmark muß innerlich und äußerlich deutsch bleiben, wenn die Machtstellung des Reiches bestehen bleiben soll. Wir wissen auch, welche Gefahr entsteht, wenn dieses Bollwerk des Deutschen Reiches dauernd bedroht ist.

Diese Erklärungen des preussischen Regierungsvertreters sind geeignet, großes Aufsehen zu erregen. Sein Ausfall gegen die Reichstagsparlamentarier ist völlig unberechtigt. Es ist das gute Recht und die Pflicht der Reichstagsabgeordneten, sich mit Vertretern der von Russland losgelösten Landesteile in Verbindung zu setzen, um sich ein Urteil über die Gestaltung der Verhältnisse in diesen Gebieten zu bilden und um ihren Forderungen für ihre Stellungnahme zu den politischen und wirtschaftlichen Verträgen mit den neuen Staatsgebilden Vorschläge zu machen. Bei der Ungeklärtheit der deutschen Stellungnahme gegen Polen und bei der wachsenden Erbitterung der Polen wegen der sie bedrohenden Annexions- und Aufteilungspläne war es um so mehr Pflicht der Reichstagspartei, in diesen Dingen mitzuwirken und für eine gute Lösung der schwierigen Ostprobleme zu arbeiten. Wenn der preussische Minister sich gegen die Einmischung von Parlamentarier in das Friedensgeschäft, das nur Sache der Regierung sei, wendet, so scheint er in der Atmosphäre des Herrenhauses völlig zu vergessen, daß die Friedensverträge der Genehmigung des Reichstages unterstehen. Der Reichstag muß sich entschieden dagegen verhalten, daß ihm die Friedensverträge einfach als vollendete Tatsachen vorgelegt werden. Er hat die Verpflichtung, sich rechtzeitig um die Dinge zu kümmern und einer Politik vorzubeugen, die er als bedenklich und verfehlt erkennt.

Als bedenklich und verfehlt muß aber in der Tat die Politik angesehen werden, die nach den Ausführungen des preussischen Landwirtschaftsministers gegenüber dem neuen Polen verfolgt werden soll. Volle Klarheit ist aus den Worten des Herrn Eifenhart-Rothe noch nicht zu gewinnen. Es scheint jedoch, als gehe man tatsächlich damit um aus militärischen Gründen ein Stück aus dem Leibe Polens herauszuschneiden. Vielleicht handelt es sich um die Raten-Njemenlinie, vielleicht auch um die Angliederung der an das oberschlesische Industriegebiet angrenzenden polnischen Bezirke. Einem solchen Vorgehen stehen die größten Bedenken entgegen. Nicht nur würde eine Zunahme der polnischen Bevölkerung innerhalb Preußens um mehrere Millionen Menschen kaum zu günstigen Folgen führen. Vor allem würde die Abgliederung erheblicher polnischer Gebiete in dem neuen selbständigen Polenstaate von vornherein die schwerste Verbitterung und Feindseligkeit gegen Deutschland hervorrufen. Wir würden an unsere Ostgrenze nicht einen Freund und Verbündeten bekommen, sondern ein gefährliches Element der Feindschaft und der Rivalität. Etwasige Verbesserungen der militärischen Grenzsicherungen könnten diese Schäden keineswegs aufwiegen.

Die Ausführungen des Ministers v. Eifenhart-Rothe waren so, daß die nachfolgenden Herrenhaus-Vaterlandsparteiler sich sehr beruhigt und befriedigt fühlen durften. Einen etwas verständigeren Ton suchte Graf v. Posadowsky in die Debatte zu bringen. Zwei polnische Redner, ein Graf und ein Fürst, suchten die gegen ihre Stammesgenossen gerichteten Beschuldigungen abzuwehren und lehten andererseits die Politik der radikalsten polnischen Elemente ab. Ihre Ergebnisseversicherungen an die Adresse Preußens dürften jedoch den Gewaltwillen der Herrenhäuser gar nicht beeinflussen.

Am zweiten Verhandlungstage schlug der Minister des Innern Dr. Drews andere Töne an als sein vor den Herrenhäusern ersterbender Kollege. Er führte aus:

Die Regierung hofft, daß sich unter dem gewaltigen Eindruck des Weltkrieges die Zahl der Polen vermehren wird, die sich auf den Boden des preussischen Staates stellen wollen. Mit diesen Leuten kann man sich verständigen. Wir müssen eine Politik treiben, die den polnischen Wänschen nach Möglichkeit entgegenkommt. Tun wir das nicht, dann wird in der Ostmark ein Kampf bis aufs Messer entbrennen. Wir müssen unsere Polenpolitik so einrichten, daß sie nach menschlichem Ermessen die Gewähr der Dauer in sich birgt. (Zurufe: Wahlrecht!) Die Regierung gibt sich keinem Zweifel darüber hin, daß die gegenwärtige Mehrheit für die Ostmarkpolitik nicht mehr die Mehrheit der Zukunft in Abgeordnetenhause sein wird. (Unruhe.) Das würde auch dann der Fall sein, wenn nicht das gleiche Wahlrecht Gesetz würde, sondern das von den Konservativen beantragte und durchgesetzte Pluralwahlrecht. (Zurufe: Das wollen wir auch nicht!) Wir müssen eine Politik zu finden suchen, die die wichtigsten Lebensinteressen unserer Ostmark für die Zukunft sichert. Zu diesem Zwecke müssen wir Abstand nehmen von solchen Maßnahmen, die den Polen etwas verbieten, was den Deutschen nicht schadet, und die deshalb am meisten den Charakter eines Ausnahmegesetzes tragen und verlegend wirken müssen. Wir müssen auf der anderen Seite das Deutschtum positiv fördern. Wenn die Regierung eine mildere Politik in Aussicht genommen hat, so ist das keine utopische Politik (Widerpruch), sondern eine gesunde und vernünftige Realpolitik des Möglichen. Dann wird Preußen auch in Zukunft bleiben, was keine großen Könige aus ihm gemacht haben: kein Nationalitätenstaat, sondern ein einheitlicher, geschlossener und kräftiger Nationalstaat. (Verwunderliche Beifall und Rufen.)

Daß diese Rede den Herrenhäusern nicht paßte, versteht sich. Das ging neben der Aufnahme derselben auch aus den nachfolgenden Reden hervor, die sich gegen die Verjüngungspolitik wandten. Nur Graf Galen und der Fürst Radziwill vertreten einen verjünglichen Standpunkt, ohne bei den „starken Männern“ irgendwelchen Anhang zu finden. Die Kommissionsentscheidung wurde mit dem Zusatzantrag Kleist gegen wenige Stimmen angenommen.

Nun handelt es sich um die Preisfrage: Welchen Anschlag ist maßgebend für die preussische Regierung, die des Landwirtschaftsministers oder die des Vizepräsidenten? Dem Reichstag bleibt es vorbehalten, diese Frage zu lösen. Hoffentlich geschieht diese Lösung einmal in recht gründlicher und deutlicher Weise!

## Der Fortgang der Schlacht.

Der Umstand, daß in dem gestrigen Heeresbericht von der Schlacht bei Armentieres gesprochen wird, zeigt, daß es sich hier nicht um eine bestimmten Zwecken dienende gelegentliche Handlung, sondern um ein neues Kampfgebiet dreht. Auf einem verjüngten Gelände, das ein Vorgehen als nahezu ausgeschloffen erscheinen ließ, sind jetzt deutsche Truppen vorgestoßen, haben die tiefgelegerte, eiserne ausgebauten Verteidigungsfront von 8 Kilometer Tiefe durchbrochen. Welche Mühen und Opfer das für unsere Soldaten mit sich brachte, davon können wir uns kaum ein Bild machen.

Im Laufe des 10. April wurde bei fortschreitendem Angriff der Südflanke von Armentieres erreicht und der Uebergang über die Lys bei Erquinghem erzwungen. Nördlich Armentieres wurde das Dorf Flogiteert im Sturm genommen. Der Gegner, der an einzelnen Stellen umsonst hartnäckig verwehrt hatte, zog sich unter schweren Verlusten und der völligen Ueberwältigung des Feindes sowohl nördlich wie südlich Armentieres bleiben die deutschen Verluste, wie gemeldet wird, gering.

Im Anschluß an Operationen südlich Armentieres sind am 10. April auch die Divisionen im Raume nördlich dieser Stadt bis zum Kanal Comines-Overn zum Angriff übergegangen. Bereits um 1 Uhr nachts waren zwischen Fresten und Waasten drei große und zahlreiche kleine Brücken über die Lys fertiggestellt. Als am frühen Morgen die Artillerie und die Minenwerfer ihr vernichtendes Feuer eröffneten, hatten die Sturmtruppen das starke Fronthindernis zum Teil schon überwunden. Trotz des unbeschreiblichen Schlammes, der namentlich die Lys-Niederung in einen Sumpf verwandelte, wurde der Angriff mit bewundernswerter Schnelligkeit von unserer Infanterie vorgetragen. Die erste und zweite Linie fielen im ersten Ansturm. Die feindliche Artillerie war von der unstrigen Stellenweise fast vollkommen zum Schweigen gebracht. Ein Bataillon eroberte im Sturm allein 13 Geschütze. Nebel erhöhte vielleicht das Auffinden der feindlichen Maschinengewehre. Mit Handgranaten mußten sie von der Infanterie niedergelämpft werden. Bereits gegen Mittag erlag Messines dem Ansturm, daselbe Messines, das am 7. Juni 1917 nach heftigem Kampfe den Engländern überlassen werden mußte. Ein merkwürdiger Zufall, daß dieselbe englische Division, die damals Messines erobert hat, es heute wieder an die Deutschen verlieren mußte. Die Gefangenen entstammen größtenteils Divisionen, die erst vor wenigen Tagen aus der großen Kampffront in Frankreich herausgezogen wurden, um sich an ruhigerer Front zu erholen. Ihre großen Verluste konnten durch jungen, unerfahrenen Ersatz nur notdürftig ergänzt werden. Der deutsche Angriff überlastete sie vollkommen. Trotz Nebel, Nässe und Kälte drängten die Deutschen unermüdlich vorwärts. Die Artillerie überwand mit den schweren Geschützen die verjüngten und zerstückelten Niederungen, um der vorrückenden Infanterie zu helfen.

Ueber den deutschen Einbruch zwischen Armentieres und La Bassée-Kanal wird weiter gemeldet:

Die deutsche Infanterie, begleitet von Feuerwällen der eigenen Artillerie, brach jeden Widerstand und drang unaufhaltbar vor bis an den breiten jämpflichen Lys-Abchnitt. Hier trat das erste Halt ein. Die Brücken waren gesprengt, die Wege ungangbar geworden in den jahrelangen Kämpfen und förmlich in der Tiefe versunken. Geschützträger an Geschützträger schienen jedes Vordringen von Geschützen auszuschließen. Die Brückentrains drohten vom moralischen Boden eingezogen zu werden, und dennoch ging es vorwärts. Tausende von Pionieren und Arbeits Soldaten und Infanteristen schafften mit aller Macht bis zur körperlichen Erschöpfung an der Wiederherstellung von Befehlswegen aller Art, und aus jedem nur denkbaren Material, um den Nachschub den Kampfstruppen zu sichern. Die feindlichen Stellungen wurden niedergelegt und Wassergräben und tiefe Granattrichter überbrückt. Unglaubliches geschah. Schon bei einbrechender Dämmerung standen Artillerie und Brückentrains zur weiteren Verwendung am Südufer der Lys bereit. Noch in der gleichen Nacht gelang es der unermüdlichen, unergieblichen Infanterie, mit Befehlsmaterial aller Art, einzeln und in Gruppen und später in Zügen und Kompanien, trotz heftiger feindlicher Gegenwirkung das Nordufer des Flusses zu gewinnen. Magisch









